

Zwischen Schlagzeilen und schlagenden Argumenten.

Ein kommunikations- und mediationstheoretischer Blick auf politische Auseinandersetzungen und populistische Argumente.

— Erscheint in Konfliktodynamik Heft 1 / 2024, bitte nicht weitergeben!! —

Abstract: Wenn Argumente in medialen Debatten ausgetauscht oder dargestellt werden, dann in der Regel als absolute Gegensätze von zwei Seiten. Dabei haben schein gegensätzliche Positionen bei genauerem Hinsehen oft wenig miteinander zu tun. Um die Debatten zu verbessern und einen Blick auf die tatsächlichen Hintergründe, Wünsche, Interessen Ansprüche oder Erwartungen zu gelangen, schlägt der Artikel eine Methode der mediationsanalogen Analyse vor, mit der Debatten in ihre Bestandteile zerlegt werden können, um besser über Themen zu diskutieren und diese konstruktiv weiter zu entwickeln. Die Möglichkeiten als auch die argumentativen und kommunikativen dieser Methode werden hier erörtert.

Schlüsselwörter: Polarisierung, Interessen, Presse, mediationsanaloge Analyse, Journalismus, meditative Differenzierung, Konfliktanalysen in Medien

Keywords: Polarisation, interests, Press, mediation-informed analyses, journalism, mediative differentiation, conflict analyses in a media context

Autor: Nils Zurawski (Prof. Dr.), Soziologie und Ethnologe, ist wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung an der Akademie der Polizei Hamburg; er ist ausgebildeter Mediator und arbeitet als freier Konfliktcoach, Trainer und Mediator für verschiedene Auftraggeber und lehrt u.a. an der Uni Hamburg.

Nils Zurawski

„Die Welt braucht keine neuen Gasfelder“

(Aussage zur Erschließung neuer Gasfelder vor der Küste des Senegal, Lisa Badum, Grüne)

„Das ist neokoloniales Denken“

(Antwort auf diese Forderung, Karamba Dhahi, SPD)¹

¹ Beide Zitate in der Wochentaz, 19-25. 8. 2023, S. 8/9, <https://taz.de/Rohstoffe-aus-Westafrika!/5950449&s=hannes+koch/>

(interessanterweise sind online andere Zitate hervorgehoben als in der Printversion)

Klimapolitik, Migration, die so genannte soziale Spaltung – drei Schlagworte, die in der politischen Diskussion (und ihren bisweilen populistischen Verästelungen) den Puls bei vielen Beteiligten ansteigen lassen. Vorschläge und Argumente stehen dabei oft diametral gegeneinander, Forderungen werden mit Vorwürfen gekontert – weniger Verkehr zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses werden dann zu „Verboten“, „Einschränkungen einer näher nicht definierten Freiheit“ und sind u.U. sozial nicht gerecht, weil nur eine „Elite“ davon profitieren würde. Andersherum würde Leistung nicht gewürdigt, was dann zum Verfall der Nation, des Landes, der Wirtschaft führen würde usw.

Vollkommen abgesehen von den Inhalten sind die Art und Weise der Diskussionen oft langweilig, einseitig, unnützlich konfrontativ, sie werden populistisch und nicht selten als Teil von politischen Strategien genutzt, die Angst als das zentrale Mittel benutzt. Und dabei muss es sich nicht unbedingt um rechte Inhalte handeln, um Menschenfeindlichkeit, um die mutmaßliche Apokalypse, wie sie von rechter Seite vielfach mit dem Slogan eines drohenden Verfalls oder des Untergangs Deutschlands oder gleich der ganzen Zivilisation gesehen wird. Hier gibt es besonders markante Beispiele zu finden, aber insgesamt scheint es mir ein Phänomen der Politik und der Politikberichterstattung und den dazugehörigen meinungsstarken Einordnungen zu sein (siehe auch Strohmeier et al. 2023 für eine umfangreiche Einschätzung des Problems).

Politik wird oft als die Kunst des Kompromisses, der Aushandlung von Interessen, des Machbaren verkauft. Das mag zu einem Teil richtig sein und gilt dann wohl vor allem für die Verhandlungen, deren Verläufe es nicht in die Zeitungen oder anderweitig beteiligten weiteren Öffentlichkeiten schaffen. Zusammengestutzt bleiben dann oft Schlagzeilen übrig, Maximalforderungen, absolute Positionen, wo man sich als Randbeobachter:in fragt, ob es aus so einer Misere überhaupt einen Ausweg geben kann bzw. wie ein Kompromiss aussehen könnte. **Man wäre erstaunt, wenn man sich einzelne Problemlagen einmal mit einem mediativen Blick anschauen würde, auf welche Antworten man kommen könnte und wieso sich scheinbar vollkommen antagonistische Positionen überhaupt nicht widersprechen müssen** – es im System Politik aber leider tun, da es hier (systemtheoretisch codiert) um Macht und Ohnmacht geht, dem alles andere unterzuordnen wäre bzw. wo die Kommunikation mit anderen Systemen nicht so leicht möglich ist.

An drei Beispielen möchte ich die hier geschilderte Situation beispielhaft verdeutlichen und daran die häufig damit verbundene Kurzsichtigkeit der Argumentationen analysieren und zeigen, wie Lesarten, die sich meditativer Techniken bedienen, hier einen Mehrwert schaffen könnten. Dass eine solche Methode auch argumentative sowie kommunikative Grenzen hat, soll dabei nicht unter den Tisch fallen.

Das erste dieser Beispiele bezieht sich auf die beiden Eingangszitate. Diese beiden Zitate sind Teil eines sehr ausführlichen und differenzierten Artikels in der taz mit dem Titel „Was Energiewende im Senegal bedeutet“. Die grundsätzliche Frage, die in dem Artikel bewegt wird, ist, ob Senegal die vorhandenen Gasfelder vor seiner Küste ausnutzen oder lieber auf Sonnenenergie setzen soll. Mit der Ausbeutung ließe sich viel Geld für den Staat verdienen, und auch Deutschland hat hieran u.U. Interesse, um seine Gasreserven nach dem Ausfall des russischen Gases zu decken. Andererseits schadet Gas dem Klima, die Verbrennung hinterlässt CO₂ in der Atmosphäre. Und, Senegal bräuchte das Gas nicht zur Deckung eigener Bedarfe, da dort so viel Sonnenenergie produziert werden kann, dass es für das Land selbst mehr als reicht. Das hat auch mit dem Grad

der industriellen Entwicklung zu tun, vor allem aber mit den klimatischen Bedingungen. Dass sich nun deutsche Politiker:innen über die Zukunft Senegals in Deutschland streiten, ist vor diesem Hintergrund nicht ungewöhnlich, und ihre Positionen sogar sehr nachvollziehbar. Hier die Grünen mit dem Anspruch der Energiewende, dort der SPDler mit dem senegalesischen Hintergrund, der inzwischen in Deutschland lebt und hier Politik macht. Was auf den ersten Blick wie zwei vollkommen unvereinbare, gegensätzliche Positionen, zumal auf der einen Seite kombiniert mit einer vorwurfsvollen Replik, ausschaut, sind eigentlich zwei Positionen, die miteinander gar nichts zu tun haben. Viel mehr findet hier eine eskalierende Erweiterung des Konfliktes statt – von einer sachbezogenen Differenz zu einem gemischten Doppelkonflikt aus Ressourcen- und Wertekonflikt. Es geht irgendwie um die Ausbeutung von Gasvorkommen, um den Senegal und dessen Umgang damit. Um dem Artikel gerecht zu werden, muss ich einschieben, dass dieser sich diese Dichotomie nicht zu eigen macht, sondern diese politische Auseinandersetzung nur abbildet. Der Artikel selbst ist differenzierter und schildert vor allem die Gesamtlage, ohne eine Lösung vorzuschlagen. Eine politische Diskussion, die allerdings auf diese beiden Positionen reduziert und möglicherweise mit ihnen geführt wird, kommt nicht weit – und führt zu viel Unzufriedenheit auf beiden Seiten. Ein mediationsinformerter Blick auf die beiden hervorstechenden Argumente und die dahinterliegenden Zusammenhänge allerdings könnte helfen, hier einen Ausweg zu finden, u.a. in dem die Konfliktlage in getrennt bearbeitbare Konfliktpunkte zerlegt wird, die dann nacheinander und nicht gegeneinander bearbeitet werden können.

Es könnte sich hier auch die Frage stellen, ob nicht auch Medien eine mediative Moderationsfunktion ausüben und diese Trennung benennen sollten. Die aktive Rolle von Journalist:innen bei der Gestaltung und möglichen Moderation von Debatten sowohl in sozialen Medien als auch generell als Aufgabe des Journalismus diskutieren Strohmeier, Sehl & Kretzschmar (2023) sowie Strohmeier et al. (2023) recht ausführlich. Ihre Analyse des Potenzials eines diskursiven Journalismus zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte erweitert die Möglichkeiten im Bereich der Medien in positiver und konstruktiver Weise. Die hier von mir vorgeschlagene Perspektive einer meditativen Differenzierung von (konflikthaften) Debatten kann dazu als eine Ergänzung verstanden werden, die sowohl aktiv im Prozess der Berichterstattung, aber vor allem auf einer analytischen Ebene einen aktiven Beitrag leisten kann, Konflikte bzw. konfliktthafte Debatten besser zu verstehen und für die Beteiligten, aber eben auch für das Publikum besser aufzubereiten.

Auch ohne mit den beiden Parteien in den Kontakt zu treten, lassen sich ein paar Überlegungen zu möglichen Interessen hinter den Positionen vermuten und herausarbeiten. Worum geht es also eigentlich? Der übergeordnete Zusammenhang ist die Klimakrise einerseits und andererseits die Frage nach Energie für Europa, hier speziell Deutschland, nachdem Russland (mit dem Überfall auf die Ukraine) als Energielieferant weggefallen ist. Außerdem geht es darum, dass wegen der Klimakrise, also der Erhitzung der Welt und den sich daraus ergebenden Folgen, neue, „saubere“ Energiequellen gesucht werden. Es gilt einen Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung zu finden. Das vorrangige Interesse, welches sich hinter der ersten Aussage („die Welt braucht keine neuen Gasfelder“) verbirgt, ist also der Ausstieg aus fossilen Energieträgern, gepaart mit dem Wunsch, den CO₂-Ausstoß zu verringern und dazu alternative Energien zu finden. Der Appell hier ist, neue Felder nicht zu erschließen, wenn doch andere Möglichkeiten vorhanden sind. Im Fall des Senegals, so lässt der Artikel vermuten, ist dieses die Solarenergie, welche in dem afrikanischen Land reichlich vorhanden ist.

Die Gegenrede hat nichts mit diesem Thema zu tun, sondern bewertet die Aussage nach vollkommen anderen Kriterien. Ein Interesse, dass sich hier herauslesen ließe, wäre zum Beispiel das der Autonomie eines afrikanischen Landes, welches das Recht hat, sich selbst zu entwickeln. Da die Gasfelder dem Land wirtschaftlich einen Vorteil bringen könnten, zielt die Gegenrede auch darauf ab, festzustellen, dass die Interessen Senegals nicht bevormundend von außerhalb beurteilt werden sollten. Der Verweis auf das neokoloniale Denken transportiert darüber hinaus einen historischen Kontext mit, der eher auf einen Wert verweist, denn auf die tatsächlichen Ressourcen oder das Interesse einer eigenständigen Energieversorgung.

Etwas kompakter könnte man die hier implizit als auch explizit vorgetragenen rechtlichen Ansprüche, moralischen Erwartungen und persönlichen Wünsche wie folgt zusammenfassen:

- a. Wunsch nach Klimaschutz und der Suche nach alternativen Energien (ohne die alten Fehler des fossilen Zeitalters zu wiederholen, wenn es doch andere Mittel gibt)
- b. Wunsch nach Eigenständigkeit in der Energieversorgung und dem Anspruch über die Ausbeutung eigener Bodenschätze autonom entscheiden zu können, was sich letztlich auch mit dem Wunsch bzw. dem Anspruch nach wirtschaftlichem Erfolg übersetzen ließe.

Angelehnt an die unterschiedlichen Phasen eines (tatsächlichen) Mediationsverfahrens nutzt eine solche Analyse vor allem zwei Elemente: Zunächst wird der Gesamtkonflikt in bearbeitbare Teilthemen zerteilt (analog zur Phase 2 einer Mediation), um dann im weiteren die einzelnen Hintergrundinteressen (analog zur Mediationsphase 3) analytisch herauszuarbeiten. Wenn man die beiden Argumente so runterbricht, die (möglichen) Interessen, Wünsche, Ansprüche und moralischen Werte dahinter freilegt und den Fundamental-Antagonismus damit hintergeht, scheint es mir, dass hier ganz andere Möglichkeiten für Lösungen, Kompromisse und Verständigungen liegen können, die so mit den vorgetragenen Argumenten bzw. den Schlagworten nicht gegeben sind. Dabei muss man zunächst vor allem berücksichtigen, dass eine wirkliche Lösung vor allem mit den Menschen des Senegals getroffen werden muss, die in diesem Schlagabtausch als aktive Sprechende gar nicht vorkommen. Weiterhin würde eine Aufteilung der Diskussion in verschiedene Konfliktthemen die Bearbeitung jeder dieser einzelnen Punkte erleichtern, in dem nicht immer eine Forderung sofort gegen eine andere abgewogen werden müsste. So könnte man hier u.a. folgende Themen einzeln herausstellen (hier immer unter dem Vorbehalt einer Analyse, da ich nicht für die Parteien sprechen kann): Die nationale, staatliche Eigenständigkeit des Senegals; Umgang mit Bodenschätzen; Bedeutung des Klimawandels für staatliches Handeln; Einbindung von Staaten in internationale Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels; Zukunft der Energieversorgung; staatliche Zusammenarbeit beim Klimawandel. **Es wird so deutlich, dass hinter den Wünschen und Ansprüchen eben nicht allein zwei sich ausschließende Positionen verstecken, sondern verschiedene Themen, die es wert sind für sich bearbeitet zu werden, um auf der Basis dann (bessere) Debatten zu führen sowie zukünftige Lösungen zu erarbeiten.** Es würde im medialen Diskurs den Journalisten die Aufgabe zukommen, diese Aufteilungen zu berücksichtigen, vorzunehmen, vorzuschlagen und darauf hinzuweisen, letztlich auch zu moderieren. **Politische Debatten leben von dieser Art des Antagonismus – führen aber oft nicht weiter und lassen wichtige Möglichkeiten für Verständigungen und damit auch Lösungen ungenutzt.**

Das zweite Beispiel, der Kohleausstieg. Aktuell geht es dabei eher um den Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verbrennung in der Lausitz, in der Vergangenheit um die Schließung der Zechen im Ruhrgebiet. Dort ist der Strukturwandel abgeschlossen, hat aber auch in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen geführt, die mit Argumenten begleitet wurden, die mit möglichen oder tatsächlichen Interessen wenig zu tun hatte. Das lässt sich jetzt an der Braunkohle in der Lausitz wiederholend beobachten². Vor allem konnte man beobachten, wie die Braunkohle, die Identität der Kumpels und die Zukunft einer ganzen Region immer wieder in Stellung zum gesellschaftlichen Wandel gebracht wurde, insbesondere zu den Veränderungen, die sich zwangsläufig durch den Klimawandel ergeben, wenn man denn seine Folgen ernst nimmt, und dahingehend eine andere Politik und somit eine andere Energieversorgung umsetzen möchte. Hier die Kumpels, die Familien, die ganze Region, die von der Kohle lebt, von ihr ihre Identität bezieht, die Tradition und auch die Zukunft, sofern sie mit Kohle verbunden ist. Dort die Eliten, die Klimapolitiker, die Grünen, die keine Ahnung haben, die einen Landstrich austrocknen, veröden lassen, die den Menschen die Zukunft nehmen.

Immer wieder wurden in Wahlkämpfen und beim so genannten Kohlekompromiss, mit dem ein Verfahren für den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverbrennung gefunden werden sollte (und Braunkohle gehört zu dem schädlichsten fossilen Brennstoff von allen), so oder ähnlich argumentiert. Und bestimmt ist an den auf diese Weise artikulierten Ängsten etwas dran, wobei sehr wohl vergessen wird, dass nicht die Beendigung der Kohleförderung und -verbrennung schuld an einer abzusehenden Misere ist, sondern die Förderung als solche. Dort wie auch im rheinischen Braunkohlerevier mussten über Jahrzehnte Dörfer dem Tagebau weichen, entstanden Gruben, wurde die Landschaft umgegraben, zerlöchert und letztlich verbrannt. Und es ist durchaus richtig, dass viele Menschen ihre Arbeit in diesen Gebieten verlieren, wenn es keine Förderung vor Ort mehr gibt. Damit lässt sich leicht Politik machen, damit lassen sich grundsätzliche Fronten ausbauen, die häufig nach dem Muster Klimapolitik-gegen-Tradition-gegen-Land-gegen-sozial Schwache aufgebaut sind. Es liegt nahe, gegen die Schließung des eigenen Arbeitsplatzes zu sein und damit gegen nicht nur vernünftige, sondern notwendige Klimamaßnahmen, wenn solche die eigene Zukunft bedrohen.

Aber auch hier kann man einen durchaus anderen Blick auf die Argumente und mögliche dahinter liegende Interessen werfen, die vor allem den populistischen Gegenargumenten den Wind aus den Segeln nehmen würde. Und eigentlich beginnt das bereits bei der Frage, ob die Menschen vor Ort für ein Weiterbestehen der Kohle sind. Denn das sind sie nur, weil es in diesen Regionen die einzigen Arbeitgeber waren und sind. Nicht zuletzt der Kohleabbau ist mit Schuld an der strukturellen Misere sowohl in der Lausitz als auch im Rheinland.

Nimmt man einmal die Tradition und damit verbunden die identitätsstiftenden Aspekte des Bergbaus beiseite, dann dürfte das Interesse der Menschen vor allem darin liegen, dass sie Arbeit haben, also Geld verdienen, dass sie gut leben können und dazu nicht unfreiwillig ihre Region verlassen müssen. Angesichts der dauerhaften und anhaltenden landschaftlichen Verwüstung, die der Tagebau hinterlässt, scheint es mir zweifelhaft, dass es ein Interesse der Menschen ist, den Bergbau zu erhalten, um des Bergbaus willens. Mangels politischer Ideen, wie man den

² Hier ein differenzierter Bericht zum Braunkohleausstieg in Brandenburg. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/braunkohle-ausstieg-in-brandenburg-die-gruenen-wollen-ein-100.html>

Menschen Alternativen bieten kann – und das können auch die Populisten nicht – ist das identitätsstiftende Moment des Bergbaus, das Bild und die Tradition des Kumpels sehr leicht mobilisierter, um damit Stellung gegen eine Moderne zu bringen, die dieses abschaffen will. Dass das Interesse auf Seiten der Befürworter die Angst vor einer Zukunft unter klimatisch veränderten Bedingungen ist, gerät da in Vergessen. Auch hier lassen sich die Interessen, Wünsche und Erwartungen kompakt zusammenfassen.

- a. Wunsch nach Veränderungen von Energiegewinnung, Landschaftsschutz, Klimaschutz, Verringerung des CO₂-Ausstoßes.
- b. Wunsch nach Erhalt einer lebenswerten Existenz vor Ort, nach Arbeit und mutmaßlich auch nach dem Erhalt der eigenen Dörfer. Klimaschutz wird als Risiko wahrgenommen, wenn es den eigenen Arbeitsplatz betreffen könnte.

Unter diesen Bedingungen ließe sich leichter und auch konstruktiver über Kompromisse, Lösungen, Ideen für die Zukunft unter Beteiligung aller streiten und verhandeln. Was sich mit dieser mediativen Differenzierung in zwei oder mehr Konfliktpunkten nicht mehr so gut machen lässt, ist populistische Politik, die Fronten aufbaut, Ängste schürt und auf den Rücken von Menschen, den vermeintlicherweise Lösungen versprochen werden, indem alles so bleibt wie es war, von Politikern, denen es um Macht, nicht um konstruktive und emanzipatorische Entwicklungen unter Beteiligung der Menschen geht.

Das dritte Beispiel bezieht sich auf die aktuelle Entwicklung des andauernden so genannten Nahost-Konfliktes, präziser dem Krieg, der seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 in Gaza stattfindet³. Die mediale Debatte ist seitdem nahezu unüberschaubar geworden, was die verschiedenen Standpunkte, Perspektiven, Differenzierungsversuche, diversen Erklärungen, offenen Briefe oder auch Diffamierungen angeht, in Deutschland wie auch international. Darüberhinaus hat sich der Konflikt auch regional ausgeweitet, z.B. in Form von Demonstrationen oder Übergriffen auf jüdische Menschen, auch hier in Deutschland. Feststellen kann man eine sehr starke Dichotomisierung der Argumente, was eine umfassende Analyse jenseits einer Für-oder-gegen-Bewertung erschwert. Anders als bei den in den ersten beiden Beispielen beschriebenen Konflikten in diesem Artikel, handelt es sich hier um einen bewaffneten Konflikt, um einen Krieg, der mit dem Angriff der Hamas begann, die überdies mehr als 250 Menschen als Geiseln genommen hat. Die dafür in Stellung gebrachten befürwortenden Argumente gleichen eher Versuchen einer Neutralisierung wie sie von Sykes und Matza (1957) beschrieben worden sind. Die Frage, die sich mir deshalb stellt, ist daher, ob die hier vorgeschlagene Methode einer mediativen Differenzierung in der Berichterstattung und Analyse eine Möglichkeit ist, zu berichten, ohne zwingend sich zu einer Seite zu bekennen? Das bedeutet auf keinen Fall eine neutrale Position einzunehmen. Ich verurteile den Angriff und akzeptiere selbstverständlich das Selbstverteidigungsrecht Israels, auch wenn es mir aus einer friedensengagierten Position schwerfällt, das damit verbundene Leid und die Gewalt zu akzeptieren. Letzteres gilt deshalb ohne Abstriche auch für den Angriff selbst. Da aber eine Analyse sich den „Luxus“ oder das Privileg leisten kann, nicht direkt involviert sein zu müssen,

³ Die Arbeit an diesem Text begann vor dem 7.10.2023, daher habe ich dieses als drittes Beispiel hinzugenommen, den Text aber nicht allein darauf abgestellt, weil es kein Text zum Konflikt als solches ist, keine Analyse oder Lösungsvorschlag für den Nahen Osten – das übersteigt meine Kompetenz und wäre anmaßend.

wäre zu überlegen, ob auch hier nicht eine solche Methode in der Berichterstattung Vorteile hätte, besser und differenzierter zu berichten, ohne sich zwingend bekennen zu müssen. Das bedeutet nicht, eine neutrale, dem Leid und den speziellen Verantwortungen gegenüber gleichgültige Haltung einzunehmen, ganz im Gegenteil. Dass eine Mediation, Verhandlung zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Option zu sein scheint, ist nachvollziehbar, auch wenn gerade der Geiseln wegen dieses wohl im Hintergrund auch getan wird – parallel zu den Kampfhandlungen, die an dem (nachvollziehbaren) Ziel einer Vernichtung der Hamas ausgerichtet sind. Das Grundproblem vieler Debatten in diesem Kontext scheint mir vor allem darin zu liegen, dass hier verschiedene Themenbereiche gegeneinander in Stellung gebracht werden, damit aber weder ein diskursiver Gewinn erzielt, noch eine tatsächliche Debatte sinnvoll gestaltet werden kann. Man kann den Angriff der Hamas nicht mit dem Bezug zu Themen begründen, die Israel oder israelische Politik als verständlichen Grund für solch eine Gewalt zur Rechtfertigung heranzieht. Man kann sehr wohl über israelische Siedlungspolitik kritisch debattieren, oder über Netanjahus Innenpolitik der letzten Monate, was den Umbau der Justiz angeht. Beides hat aber keine kausalen oder rechtfertigenden Beziehungen zur Gewalt der Hamas. **Die geschaffene Verbindung über das Wort „aber“ ist weder zulässig noch sinnvoll im Sinne einer meditativen Differenzierung der Diskurse.** Der Zwang zum Bekenntnis für oder gegen eine Seite zu sein, führt bei der Verengung auf dichotome Abwägungen aber gerade dazu, die Argumente gegeneinander in Stellung zu bringen, zum Preis eines Verlustes der Sinnhaftigkeit des Diskurses sowie seiner Anschlussfähigkeit für eine gesellschaftliche Verständigung.

Anders als oben ist es hier sehr schwierig verschiedene Positionen einzeln herauszuarbeiten, ohne andere zu vergessen, die geopolitische und historische Komplexität zu vernachlässigen oder zu simplifizieren. In der aktuellen Debatte scheinen aber vor allem zwei Argumentstränge gegeneinander zu stehen, die gegenseitig in Stellung gebracht werden, allerdings kein Für-oder-Wieder notwendigerweise begründen müssen.

- a. Der imperialistische und als völkerrechtswidrig beschriebene Politik Israels im Umgang mit den Palästinensern sowohl in Gaza und im Westjordanland, z.B. bezüglich der Siedlungspolitik. Die Solidarität mit den Palästinensern u.a. wird mit dieser Argumentation begründet. Der Terrorangriff der Hamas wird in einigen Äußerungen damit relativiert bzw. vor diesem Hintergrund häufig nicht weiter thematisiert.
- b. Der terroristische Angriff auf Israel, die damit verbundene erlittene Gewalt und das erfahrene Leid sowie in der Folge der Krieg in Gaza durch den Gegenangriff Israels – und damit auch das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza.
- c. Eine dritte Position in diesem Konflikt könnte die Gewalt generell thematisieren, ohne mit einem „aber“ einen der beiden vordergenannten Punkte aufzugreifen und im Sinne einer entschuldigenden Erzählung (im Sinne einer klassischen Neutralisierungsform nach Sykes & Matza) zu nutzen und damit eine Stellung zugunsten einer der beiden Parteien zu beziehen.

Es ist möglich diese drei Positionen bzw. Themenkomplexe für sich zu diskutieren, ohne sie als Begründungen oder Rechtfertigungen der jeweils anderen Positionen (oder weiterer, hier nicht genannter) zu nutzen. Damit aber würde ein Effekt der politischen Solidarisierung sowie der ideologischen (und damit grundsätzlichen, umverhandelbaren) Positionierung für oder gegen Israel/Palästina neutralisiert werden. Gewonnen wäre ein sich öffnendes Diskursfeld, eine Verbesserung der Debatte und des konstruktiven Austausches über das Thema. Ob sich mit

diesem Ansatz auch tatsächliche Verhandlungen führen und Ausgleiche erreichen lassen bleibt in allen Fällen offen. Schon allein deswegen, weil ich mich hier auf die Debatten über die Themen beziehe, in denen die Menschen vor Ort vorkommen, aber an denen sie nicht als Teilnehmer:innen präsent sind. Dass auch in tatsächlichen Verhandlungen die Zerlegung von Themen sinnvoll sein kann, um eben jene hier kritisierten Antagonismen zu umgehen, erscheint nachvollziehbar, allein der Vorschlag von Themen von außen ist dann allerdings eben nicht sinnvoll. Das gilt für alle Beispiele und reflektiert die Grenzen des Ansatzes bzw. umreißt seinen Wirkungsradius und Wirkungsspielraum, welcher hier auf die Struktur von politischen oder intellektuellen Debatten konzentriert bleiben soll.

Literatur

Strohmeier, R., Sehl, A. & Kretzschmar, S. (2023). Konstruktiver, respektvoller, inklusiver? Potenziale und Grenzen journalistischer Interventionen zur Förderung einer deliberativen Debattenkultur auf Social Media. *Konfliktdynamik*, 12(2), 152-161.

Strohmeier, R., Leicht, L., Sehl, A., & Kretzschmar, S. (2023). Das Potenzial des diskursiven Journalismus zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte. *Konfliktdynamik*, 12(1), 28-38.

Sykes, G. M. & Matza, D. (1957). Techniques of Neutralization: A Theory of Delinquency. *American Sociological Review*, 22(6), 664. <https://doi.org/10.2307/2089195>.